

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft
Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736-0
sekretariat@koelner-hug.de



www.koelner-hug.de

Pressedienst

An die Lokalredaktionen

Köln, den 02.07.2018

Erhöhung der Abwassergebühren

Finanztrickserei sofort beenden

Regelrecht geschockt zeigt sich der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von den Überlegungen der Stadtkämmerin Gabriele Klug, den städtischen Haushalt über die Anhebung der Abwassergebühren zu bewerkstelligen. Sie hat die Stadtentwässerungsbetriebe aufgefordert, die Gebühren um fünf Prozent zu erhöhen. Offiziell sei dies ein Resultat einer anderen Berechnungsmethode, die jedoch von den Stadtentwässerungsbetrieben seit über 10 Jahren nicht mehr praktiziert wird.

Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Vereins: „Der Vorschlag grenzt an Finanztrickserei und ist über alle Maßen unseriös. Die Stadtentwässerungsbetriebe werden jetzt für ihr gutes Wirtschaften bestraft.“

Tewes hält die Einflussnahme auf die Stadtentwässerungsbetriebe für völlig unangebracht. „Die STEB wurden ja gerade deshalb aus der Verwaltung ausgegliedert, um besser wirtschaften zu können und damit dem Bürger einen Anstieg der Gebühren zu ersparen. Der Vorschlag der Kämmerin ist deshalb völlig absurd.“ Die STEB habe über Jahre den Gebührenanstieg im Rahmen gehalten und trotzdem erhebliche Investitionen in die öffentliche Abwasserinfrastruktur getätigt. Das solle so Tewes auch so bleiben.

Währet den Anfängen

Aus Sicht des Kölner Haus- und Grundbesitzerverein wäre ein solcher Fall auch ein Präzedenzfall, den es unter allen Umständen zu verhindern gilt. Tewes hierzu: „Man mag sich nur vorstellen, dass die Kämmerin nun den städtischen Gesellschaften diktiert, was für Gewinnen sie zu machen haben, damit die Stadt mehr Geld zum Ausgeben hat. Die Gesellschaften wären nicht mehr Herr im eigenen Haus. Es kann nicht sein, dass jahrelanges Missmanagement in der Stadtverwaltung auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird. Wenn Geld fehlt, muss man sparen!“

Darüber hinaus sei eine Gebührenerhöhung zur Entlastung des Haushaltes keinem Bürger zu vermitteln. Tewes: „Die Berichte über Geldverschwendung in dieser Stadt nehmen kein Ende. Kein Bürger hätte Verständnis dafür, wenn er am Ende hierfür den Kopf hinhalten sollte. Das muss unter allen Umständen verhindert werden. Wir fordern den Vorstand der STEB daher auf, sich gegen die Pläne der Kämmerin zu Wehr zu setzen.“